

Diese Situation hat eine steigende Erbitterung unter dem deutschen Proletariat erzeugt. Es traut weder der Regierung noch der Nationalversammlung, es wendet sich entschieden ab von den Formen des bürgerlichen Parlamentarismus, der kein Verständnis für seine Not und für die gewaltigen Probleme der sozialen Revolution zeigt, es wird immer mehr erschüttert in seinem Vertrauen in die bürgerliche Demokratie, die sich wie ein Gummiband dem revolutionären Tatendrang des Proletariats in den Weg stellt.

Eine wirkliche Arbeiterregierung, eine Regierung, die erfüllt ist vom Geiste des revolutionären Sozialismus, hätte trotz aller Äußerungen und inneren Schwierigkeiten eine derartige Stimmung nicht aufkommen lassen. Aber die bisherigen Regierungen haben die Stimmungen der Massen ebenso verkannt wie die revolutionären Erfordernisse der Stunde. Sie vor allem tragen die Verantwortung für die Enttäuschung und Erbitterung, die mehr und mehr in den arbeitenden Massen um sich greift und einen günstigen Nährboden bildet für Bewegungen, die mit ihren phantastischen Vorstellungen weit über die Grenzen des heute Erreichbaren hinausgehen.

Die Not der Stunde erfordert aber gebieterisch, daß diese innere Herrlichkeit, die sowohl den wirtschaftlichen wie den politischen Neuaufbau hemmt, endlich überwunden werden. Die Lasten, die der Friede von Versailles uns auferlegt, die Aufgaben, die die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und des Weltverkehrs eröffnen, die Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse im Interesse des Proletariats — nichts kann vollbracht werden, wenn eine Regierung an der Spitze steht, die von der Mehrheit des Volkes mit Vertrauen und Abneigung betrachtet wird, und wenn ein Parlament, das lediglich zur Ausarbeitung der Verfassung gewählt ist, sich anmoht, leitend und bestimmend in das Geschick des Volkes einzugreifen, das ihm diese Befugnisse nicht anerkennt und sich politisch immer weiter von ihm entfernt.

In dieser Stunde, die einen neuen Abschnitt der deutschen Revolution einleitet, ist es mehr denn je erforderlich, anzusprechen, das was ist. Die Situation erfordert die Feststellung, daß die Revolution nur gereitet werden kann, wenn sich das deutsche Proletariat zu einer einheitlichen Front zusammenschließt. Dies kann nicht geschehen durch noch so gut gemeinte Einigungsversuche, sondern durch den fortschreitenden Revolutionierungsprozeß selbst, der die Reste bürgerlicher Ideologien in den Arbeiterschichten auflöst und so die gesamte Arbeiterklasse in revolutionären Lager vereinigt. Dann wird auch die Arbeiterklasse stark genug sein, eine Regierung aus ihren Vertrauensmännern zu bilden, die mit unbeugbarer Konsequenz und unerschütterlichem Willen die Maßnahmen trifft, die für die Umgestaltung des Wirtschaftslebens im sozialistischen Sinne, für die Vervollständigung der sozialistischen Herrschaft, für die Sicherung der proletarischen Revolution vor der drohenden Konterrevolution erforderlich sind.

Aus dem Wirrwarr und Chaos der Zwischenregierungen muß endlich ein Ausweg gefunden werden. Nur dann kann das arbeitende Volk auch unter den drückenden Bedingungen des Versailleser Gewaltfriedens sein Leben fristen. Nur dann kann es durch sein selbständiges Wirken im Geiste des revolutionären Sozialismus den Arbeiterklassen der gesamten Länder den Antrieb geben, durch tollkühnen Kampf gegen die Mächte des Entente-Kapitalismus die Revision des Versailleser Gewaltfriedens zu erzwingen.

Der Kampf gegen den inneren Feind.

„Mit äußerster Energie und Rücksichtslosigkeit.“

Noch fast fünfjähriger Dauer ist durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles der Kriegszustand ein Ende gemacht worden. Gegen den äußeren Feind sind keine Unternehmungen zu führen. Aber der wiedererstandene Militarismus findet wenigstens im Innern einige Beschäftigung. Alle Tage gibt es Versuche, um zu schaffen, Expeditionen auszuführen, Streiks und ähnliche Bewegungen niederzuwerfen. Nur Zeit bilden Hamburg und Berlin die Hauptkampfplätze. Vor Hamburg steht angriffsbereit ein großes Heer von Reiterregimenten. Es herrscht in der Stadt zwar vollkommene Ruhe, aber die Weigerung der ersten dort eingezogenen Truppen, gegen die friedliche Bevölkerung vorzugehen, entwarf nicht den Absichten des General von Vothow-Vorbed und so läßt er verkünden, daß die Besetzung Hamburgs durch Reitertruppen keineswegs aufgegeben sei, sondern planmäßig vollzogen werden solle.

Nachdem man nicht glauben darf, daß durch die Anordnungen auf Hamburg die Reichshauptstadt den Rostke-Strategen aus den Augen gerückt sei. Im Gegenteil. Hier ist alles vorbereitet, um neue Siege, frische Triumphe zu erringen. Am 25. Juni hat Herr Rostke einen Befehl erlassen, worin es heißt:

„Bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebenswichtig ist, kann mit militärischen Nachmitteln der Betrieb ausreißt erhalten werden. Freiheit zur Arbeit ist überall zu schützen.“

Die militärischen Befehlshaber haben daraus die Berechtigung hergeleitet, auch gegen den Streik der Eisenbahner mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen. Die zweite und dritte Marinebrigade wurden, wie es in einem Befehl ausdrücklich heißt, „mit Niederwerfung der Eisenbahnerbewegung beauftragt“. Sie sollten hierzu baldmöglichst in Berlin einrücken. Die Truppen sollten innerhalb vier Stunden marschbereit stehen. Gegenüber Streikposten wurde den Truppen folgendes anbefohlen:

Streikposten sind zu verhaften. Bei Widerstand ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Arbeitswillige sind unter allen Umständen zu schützen.

Schließlich heißt es noch in diesem Befehl:

Die Truppen sind erneut darauf hinzuweisen, daß mit äußerster Energie und Rücksichtslosigkeit bei allen Veränderungen und Ansammlungen eingeschritten werden muß. Nur so läßt sich vermeiden, daß Mannschaften in einer mit Menschen dicht gesäten Straße überraschend angegriffen und entwischt werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß Schreischüsse nicht abgegeben werden dürfen. Wiech Widerstand geleistet und aus der Menge geschossen, so ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

Nach diesen Rezepten ist anscheinend in Breslau bereits verfahren worden. Die Streikposten der Eisenbahner wurden dort ohne weiteres verhaftet, in die Menge wurde scharf geschossen, weil sie angeblich eine drohende Haltung eingenommen hat. Wenn es in Berlin noch nicht so weit gekommen ist, so lag das weniger an dem Willen der militärischen Befehlshaber, sondern daran, daß der Rostkeerlass eine ganz andere Wirkung erzielt hat, als sie ihr Urheber vorausah.

Dem augenblicklich in Nürnberg tagenden Kongreß der deutschen Gewerkschaften ist von den Verbändepräsidenten eine Resolution vorgelegt worden, die den Streikerlass Rostkes aufs schärfste mißbilligt. Wir empfehlen dem Gewerkschaftskongreß zur weiteren Kenntnisnahme den Ausführungsbeleg der militärischen Stellen, aus dem wir oben einige Abschnitte wiedergegeben haben.

Die Vorgänge in Breslau.

Der Feldwebel sah sich gezwungen.

Breslau, 20. Juni.

Amlich wird über die Vorgänge am gestrigen Tage u. a. mitgeteilt: Nachmittags sammelte sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge an. Diese griff trotz anhaltender Warnungen die Postenkette so hart an, daß der Aufsichtsführende Feldwebel sich gezwungen sah, die Menge, in der sich viele Leute in Mänteln und Anorakform befanden, zum Auseinandergehen aufzufordern. Die Aufforderung wurde mit Johlen und Beschimpfungen beantwortet. Nach der siebenten und achten Aufforderung und mehreren Warnungsschüssen wurde Befehl zum Feuern gegeben. Beinahe zum Teil schwer Verwundete blieben auf dem Platze. Später zeigte an einer anderen Stelle ein Matrose die Menge gegen die bewaffnete Macht auf. Da mit einem Durchbrechen der Postenkette gerechnet werden mußte, wurde auch hier scharf geschossen, wobei ein Junge verwundet wurde. Keuchliche Zwischenfälle wiederholten sich. Im Laufe des Abends wurde es dann ruhiger, so daß die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Der Streik der Eisenbahner.

Breslau, 20. Juni.

Offiziell wird berichtet: Zwecks Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag vormittag erneut Verhandlungen der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die Zusage der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte sich nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte der Reichskommissar grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt, als deren Ergebnis im Laufe des Nachmittags an allen Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Ruhebetriebes und zur Aufnahme der Arbeit in allen Haupt- und Nebenwerkstätten für Montag früh 8 Uhr ausgegeben wurde.

Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich wie ursprünglich geplant, am Montag mittag von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben.

Ein Jubeltag für die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung in Weimar hatte, nachdem beschlossen worden war, den Frieden zu unterzeichnen, einen Aufruf an das deutsche Heer erlassen, in welchem dieses aufgefordert wurde, der Regierung auch fernerhin die Treue zu wahren. Dieser Aufruf ist von dem Freiwilligenregiment von Borde telegraphisch wie folgt beantwortet worden:

„An die Nationalversammlung. Wir Männer von Ehre verbiten uns, daß die sogenannten Vertreter des deutschen Volkes, die in feiger Eurch Deutschlands Ehre schamvoll preisgegeben haben, in hochtrabenden Worten sich an das deutsche Heer wenden, das mit solchen Leuten nie etwas gemein gehabt hat, noch gemein haben wird. Gleich und tiefe Verachtung den Schändern des deutschen Namens! Freiwilliges Infanterie-Regiment von Borde (4. pommersches) Nr. 21.“

Wenn die Arbeiter in irgendeiner Stadt wegen wilden, den Anordnungen der Regierung mit einer derartigen Antwort zu benehmen, dann würde Herr Rostke ohne Bedenken seine Kanonen, Tanks und Panzertruppen ausbieten, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Die Offiziere eines Freiwilligenregiments aber — und nur Offiziere können dieses Telegramm abgefaßt haben! — können sich eine derartige hanebüchene Beschimpfung der Regierung und der Volkswertreter erlauben, ohne daß sie Gefahr laufen, nach Hause geschickt zu werden. Oder hat Herr Rostke seine starke Hand gegen diese Frondeure schon ausgereckt? Um Antwort wird gebeten.

Noch einer.

General v. Falkenhahn, bei Ausbruch des Weltbrandes deutscher Kriegsminister, später Oberbefehlshaber der 10. Armee im Osten, ist entsprechend seines Besuches zur Disposition gestellt worden. Schlimm genug, daß er darum erst nachsuchen mußte. Herr Falkenhahn hat sich schon im November als erbitterter Feind der Revolution und Übergangstreuer Anhänger der Monarchie bekannt. Die „sozialistische“ Regierung hatte dennoch Verwendung für ihn. Auf das Konto des Herrn Falkenhahn fällt auch die schwere Niederlage von Verdun. Er war der Hauptverantwortliche dieses unglücklichen Angriffs, den mehr als hunderttausend deutsche Soldaten mit ihrem Leben und ihrem Blute bezahlen mußten. Herr Falkenhahn blieb dann auch unter den Soldaten ganz allgemein „Der Schlächter von Verdun“.

H. A. W. berichte sich, mitzutheilen, an zuständiger Stelle sei nichts davon bekannt, daß gegen den General Hoffmann, der im Osten Krieg auf eigene Faust machen wollte, ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet sei. Wie kann man auch annehmen, daß ein General wegen Hochverrats unter Anklage gestellt werden könnte. Hochverräter findet man heutzutage doch nur noch unter den Sozialisten und Unabhängigen.

Eine zweite Folge von Steuervorlagen.

Neben den bereits veröffentlichten Entwürfen sollen noch folgende Steuervorlagen der Nationalversammlung vorgelegt werden: Eine Vermögensteuer, Besitz-, Umsatz-, Reichseinkommensteuer, Reichssteuer, Reichssteuer, Reichssteuer, eine Abgabenerhebung, Branntwein- und andere Monopolgesetze. In einem Steuerentwurf der „Deutschen Juristen-Zeitung“, in dem die Referenten des Reichsfinanzministeriums Entwürfe eingehend besprochen, will Reichsfinanzminister a. A. Schiffer die Gründe vorlegen, die zur gänzlichen Umgestaltung der Steuergesetzgebung führen. Das Finanzwesen werde im Leben des deutschen Volkes nach der juristischen und nach der wirtschaftlichen Seite für lange Zeit im Vordergrund stehen. Zahlreiche neue Steuerquellen sollen erschlossen, die Art der Erhebung von Grund auf neu geregelt werden. An Stelle der Bundesstaaten werde vielfach das Reich als Steuerträger treten. Neue Organisationen von Reich wegen zu errichten. Der Finanzgebarung des Reiches solle der Unterbau der einheitlichen Veranlagung und Erhebung, der durch die Reichsfinanzverwaltung in ihrer gegenwärtigen Form nur unzulänglich ersetzt werde. Diese Umgestaltung müsse sich auch auf die schon vorhandenen Gesetze erstrecken und sie in das Gesamtfinanzsystem des Reiches einbeziehen.

Wir können uns also auf eine Neuauflage der bisherigen Steuergesetzgebung gefaßt machen. Die Verten Schiffer und Dernburg, die Vertrauensleute des Kapitals, sind ihre Wörter, und das besagt alles. Freilich geht es jetzt nicht anders, man muß schon die bestehenden Massen scharfer als früher heranziehen, es soll aber dafür gesorgt werden, daß dem beschlossenen Teil der Bevölkerung soviel wie möglich von den Steuerlasten ausgenommen wird. Abgabenerhebung, Verbrauchsteuer, Zölle, und Rudersteuer: bekannte und vertraute Namen aus der Zeit der Reichssteuerreform, sie kehren auch jetzt wieder. Von einer großzügigen Umgestaltung unserer Finanzgebarung nach sozialistischen Grundsätzen ist vorläufig nicht die Spur zu finden. Die Demokratie, als die Partei des Kapitals, mußten, weshalb sie für sich den Posten des Reichsfinanzministers in Anspruch nehmen!

Eisenbahnerversammlung im Zirkus Busch.

Rechtssozialisten gegen das Streikrecht.

Am Sonntag vormittag fand im Zirkus Busch eine Massenversammlung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahner statt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Der Erste Vorsitzende des Bundes Schuldt, gab, oft von Zwischenrufen unterbrochen, einen Überblick des Ganges der Verhandlungen und appellierte schließlich an das Pflichtgefühl und den Verantwortlichkeitsinn der Eisenbahner. Der nächste Redner, der Eisenbahnersekretär Lange, der Erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde niedergeschrien und mußte schließlich auf sein Referat verzichten. Der Abgeordnete Neumann, Rostkeburg der selbst Eisenbahner ist und der rechtssozialistischen Paragrafen angehängt, hatte ebenfalls gegen den Widerstand eines Teiles der Versammlung anzukämpfen. Den bekannten Kollaterale verurteilte der Abgeordnete auf das Schärfste. Er habe dem Reichsminister persönlich gesagt, er solle, ehe er denartige Schritte unternimmt, nicht nur auf die anderen, sondern auf seine eigenen Parteigenossen hören. Aber die Maßnahmen gingen sehr weit aus. Selbst in der rechtssozialistischen Paragrafenfraktion seien Gewerkschaftler Gegner des Streikrechts der Beamten, und der Redner habe mit ihnen in der Fraktion sehr energische Debatten durchzuführen gehabt. Unter großem Beifall erklärte der Abgeordnete, daß der Rostke-Erlass für die Eisenbahner niemals zu Recht bestehen könne.

In einer Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, wurde die sofortige Aufhebung des Rostke-Erlasses und ferner u. a. die Zahlung einer Wirtschaftshilfe, sowie die Durchführung des wirtschaftlichen Notstands verlangt. Unvermittelt schloß darauf der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Bundesleitung sich sofort ins Ministerium zwecks Weiterführung der Verhandlungen begeben müsse. Die Versammlung sah das als eine Hebertumpehlung an und verlangte scharf die Weiterberatung. Genosse Paul Hoffmann wachte sich gegen die Rechtssozialisten, die Regierung, die bürgerlichen Parteien und gewisse Gewerkschaftsführer, die die Eisenbahner wegen und im Stiche gelassen hätten.

Da es inzwischen schon spät geworden war, gingen die Arbeiter an, den Zirkus für die Nachmittagsveranstaltung fertig zu machen. Es war dem Genossen Hoffmann nicht möglich, weiterzugehen. Die Versammlung ging in größter Unordnung auseinander und viele der Erschienenen fühlten sich von den Führern verlassen und verraten.

Das Gelächern des Eisenbahnerstreiks.

In zahlreichen Versammlungen, die von den Betrieben und Bezirken veranstaltet worden waren, nahmen Arbeiter und Beamte zu dem Beschluß der Funktionäre vom Sonnabend nachmittag Stellung, der die Wiederaufnahme der Arbeit empfahl. Es war entschieden ein Umschlag der Stimmung festzustellen, namentlich durch die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß der Erlass gegen das Streikrecht der Eisenbahner aufgehoben werden solle. Die Redner sprachen die Hoffnung aus, daß die Regierung, um ein späteres Wiederaufleben des Zustandes zu verhindern, die seinerzeit von den Organisationen unterstellten Forderungen auf Bewilligung einer Teuerungszulage von 500 bis 600 % noch nachträglich anerkennen werde. Es wurde schließlich — mit wenigen Ausnahmen — gegen unerhebliche Widerheiten beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach der Unterzeichnung.

Eine Volkshaus Wilsons.

Washington, 28. Juni. (Reuter.)

In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages geschickten Volkshaus bringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und Selbstvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Merkmal einer neuen Ordnung der Dinge, das Grund für eine feste Genugtuung und allgemeine Beruhigung diene.

Der Oberste Wirtschaftsrat besteht weiter.

Paris, 28. Juni. (Reuter.)

Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der Oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, um die Organisationen aufrecht zu erhalten und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Minderheiten zu dienen.

